

(Posteingangsstempel TBI GmbH)

TBI Technologie-Beratungs-Institut GmbH
Hagenower Str. 73
19061 Schwerin

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
eines Unternehmens im Rahmen der
Richtlinie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation
des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Vorhaben im Programmteil (bitte auswählen)

- 1 (Einzel) Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE-Vorhaben)
- 1 (Verbund) Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Verbund (FuE-Verbundvorhaben)
- 2 Durchführbarkeitsstudien
- 3 Anmeldung von Schutzrechten
- 4 Innovationsberatungsdienste und innovationsunterstützende Dienstleistungen
- 5 Prozessinnovationen
- 6 Investitionen in Folge von Prozessinnovationen

1. Antragsteller

1.1. Firma			
1.2. Rechtsform			
1.3. Straße			1.4. Hausnummer
1.5. PLZ	1.6. Ort		
1.7. Telefon	1.8. Fax		
1.9. Internetseite	1.10. E-Mail		
1.11. Geschäftsführer			
1.12. Ansprechpartner			
1.13. Telefonnummer Ansprechpartner			

1.14. Bank			
1.15. IBAN		1.16. BIC	

1.17. Finanzamt, PLZ, Ort			
1.18. Steuernummer			

1.19. Vorsteuerabzugsberechtigung § 15 UStG	<input type="checkbox"/> Ja (Ansatz der Ausgaben ohne Vorsteuer)	<input type="checkbox"/> Nein
---	--	-------------------------------

1.20. Handelsregister-Nr.			
1.21. Zuständiges Amtsgericht			
1.22. Datum der Eintragung		1.23. Gründungsdatum	

1.24. Kammerzugehörigkeit	
------------------------------	--

1.25. Beschäftigtenzahlen, Umsatz und FuE-Ausgaben					
	Mitarbeiter	davon Frauen	Forschung und Entwicklung		Umsatz in TEUR
			Personal	Ausgaben in TEUR	
2017					
2018					
aktuell					

1.26. Regelmäßige Wochenarbeitszeit bei Vollbeschäftigung in Stunden	
1.27. Sie sind tarifgebunden oder liegt eine mindestens tarifgleiche Bezahlung vor?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

1.28. Inhaber/Gesellschafter/Aktionäre (ggf. auf gesondertem Blatt fortführen)	
Name/Firma	Beteiligung in %

2. Projekt und Finanzierungsplan

2.1. Titel des hier beantragten Einzelvorhabens	
2.2. ggf. Kurztitel (Akronym) des hier beantragten Einzelvorhabens	
2.3. Titel des Verbundprojektes (nur bei FuE-Verbundvorhaben)	
2.4. Kurzbeschreibung des hier beantragten Einzelvorhabens, max. 250 Zeichen ¹ (wird neben anderen Daten veröffentlicht, siehe auch Ziffer 5.9. dieses Antrages)	

2.5. geplanter Projektbeginn		2.6. geplantes Projektende	
---------------------------------	--	-------------------------------	--

2.7. Ort der Durchführung	
------------------------------	--

2.8. Projekt mit potenziell positiver Wirkung für Gleichstellung oder Chancengleichheit*	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	
2.9. Projekt mit positiven Klimawirkungen (auch potentiell)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	
2.10. Projekt mit anderen Umweltwirkungen	<input type="checkbox"/> negativ	<input type="checkbox"/> keine	<input type="checkbox"/> positiv
2.11. Projekt mit Wirkungen auf den Zustand der Luft	<input type="checkbox"/> negativ	<input type="checkbox"/> keine	<input type="checkbox"/> positiv
2.12. Projekt mit Wirkungen auf den Zustand des Wassers	<input type="checkbox"/> negativ	<input type="checkbox"/> keine	<input type="checkbox"/> positiv
2.13. Projekt mit Wirkungen auf den Rohstoffverbrauch	<input type="checkbox"/> negativ	<input type="checkbox"/> keine	<input type="checkbox"/> positiv

* Siehe Broschüre „Umsetzung von Gleichstellung im EFRE“ im Download-Bereich auf www.tbi-mv.de.

2.14. Gesamtausgaben (entsprechend dem Ausgabenplan aus Anlage 3, die Bestandteil dieses Antrages ist) [in EUR]	
--	--

2.15. Fördersatz industrielle Forschung (nur Programmteil 1) ²		%
2.16. Fördersatz experimentelle Entwicklung (nur Programmteil 1) ²		%
2.17. Fördersatz (nur Programmteile 2 bis 6) ²		%

¹ Bei geplanten Schutzrechtsanmeldungen neuheitsschädliche Angaben vermeiden!

² Bitte entnehmen Sie den Fördersatz der Anlage 4 der Richtlinie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern vom 10. April 2015

Finanzierung (Einnahmen) [in EUR]

2.18.	Eigenanteil (Formblatt zur Bestätigung des Eigenanteils ist erst nach gesonderter Aufforderung einzureichen)	
2.18.1.	davon Bankmittel	
2.18.2.	davon andere Mittel	
2.19.	Einnahmen mit dem Projekt ³	
2.20.	Finanzierung durch Dritte	
2.21.	weitere öffentliche Mittel ⁴	
2.22.	beantragte Zuwendung	
2.23.	Gesamtfinanzierung (in Höhe der Gesamtausgaben entsprechend dem Ausgabenplan)	

	Arbeitsplätze		
	Gesamt ⁵	davon für Frauen	davon hochqualifiziert (ab Bachelor/Meister)
2.24.	Anzahl der mit dem Projekt neu entstehenden Arbeitsplätze		
2.25.	Anzahl der mit dem Projekt gesicherten Arbeitsplätze		
2.26.	Anzahl der mit der Verwertung der Projektergebnisse entstehenden Arbeitsplätze innerhalb von fünf Jahren nach Projektende		
2.27.	Anzahl der Beschäftigten (nur geförderte) im Projekt		
2.28.	Anzahl der in Teilzeit Beschäftigten (nur geförderte) im Projekt		
2.29.	Anzahl der befristet Beschäftigten (nur geförderte) im Projekt		

2.30.	Bestehen KMU-Darlehen oder offene oder stille Beteiligungen, die zumindest teilweise aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gespeist sind oder sind solche in Beantragung befindlich oder zur Beantragung beabsichtigt?	<input type="checkbox"/> Ja (Bitte auf gesondertem Blatt darlegen) <input type="checkbox"/> Nein
-------	---	---

³ Beachten Sie Pkt. 5.3 der Richtlinie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation. Bitte legen Sie die Art und Zusammensetzung der Einnahmen gesondert dar.

⁴ Anzugeben sind früher beantragte, bereits bewilligte oder noch geplant zu beantragende Finanzierungshilfen für dasselbe Vorhaben (EU, Bund, Land etc.).

⁵ Richtwert: pro 100.000 Euro Zuschuss soll ein Arbeitsplatz geschaffen oder gesichert werden; bei Verbundvorhaben gilt dieser Richtwert nur für das Unternehmen, wobei der Zuschuss für das gesamte Verbundvorhaben zu Grunde zu legen ist.

3. Erfolgskontrolle und Entscheidungshilfe – vorangegangene geförderte FuE-Vorhaben der letzten fünf Jahre

Bewilligungsbehörde	Aktenzeichen	Datum Bescheid	Arbeitsplätze mit dem Projekt	
			geschaffen	gesichert

4. Hinweise

- 4.1. Der Zuwendungsempfänger hat vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben einen schriftlichen formgebundenen Zuwendungsantrag bei der bewilligenden Einrichtung zu stellen. Als Vorhabensbeginn gilt die Aufnahme von Arbeiten, welche dem beantragten Vorhaben zuzuordnen sind und nicht lediglich als vorbereitende Arbeiten im Sinne der Richtlinie zu werten sind. Der Abschluss eines der Ausführung des Vorhabens zuzurechnenden Liefer- und Leistungsvertrages ist grundsätzlich als Vorhabensbeginn zu werten. Vorhaben dürfen frühestens mit Erhalt der schriftlichen Bestätigung der Zulässigkeit des Vorhabensbeginns begonnen werden.
- 4.2. Für die Vergabe von Aufträgen durch öffentliche Auftraggeber sind die Bestimmungen der europäischen Vergaberichtlinien, des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, der einschlägigen Vergabeordnungen und des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern maßgeblich.
- 4.3. Abweichend von Nummer 3.1 ANBest-P ist die Vergabe von Aufträgen durch private Auftraggeber für die nachfolgend genannten Fälle von der Anwendung der vergaberechtlichen Bestimmungen befreit:
 - a) für Zuwendungen unter 100.000 Euro (Gesamtbetrag bei mehreren Zuwendungsgebern);
 - b) für Zuwendungen ab einer Höhe von 100.000 Euro (Gesamtbetrag bei mehreren Zuwendungsgebern), wenn es sich um einen Auftrag mit einem Auftragswert unterhalb des EU-Schwellenwertes (unterschwellige Vergaben) handelt;
 - c) für Zuwendungen ab einer Höhe von 100.000 Euro (Gesamtbetrag bei mehreren Zuwendungsgebern) auch oberhalb des EU-Schwellenwertes, wenn der Zuwendungsempfänger mindestens 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben des Vorhabens aus eigenen Mitteln trägt.
- 4.4. Für Leistungen, die vom Zuwendungsempfänger an ein anderes mit ihm verbundenes, verpartnertes oder über natürliche Personen verflochtenes Unternehmen im Sinne von Art. 3 Abs. 2 und 3 des Anhangs I zur VO (EU) Nr. 651/2014 vergeben werden sollen, sind durch den privaten Auftraggeber grundsätzlich die Vergabevorschriften gemäß 4.2. dieses Antrags anzuwenden.
- 4.5. Ein Verstoß gegen die Vergabevorschriften gemäß Abschnitt 4 Nrn. 4.2 bis 4.4 dieses Antrags kann ganz oder teilweise zum Widerruf eines Zuwendungsbescheids und damit verbunden zur Rückforderung ausgezahlter Fördermittel führen.
- 4.6. Ist der Zuwendungsempfänger nicht als kleines oder mittleres Unternehmen im Sinne von Anhang I zur VO (EU) Nr. 651/2014 einzustufen, sind Ausgaben für Unteraufträge des Zuwendungsempfängers an ein verbundenes Unternehmen im Sinne von Art. 3 Abs. 3 des Anhangs I zur VO (EU) Nr. 651/2014 nicht zuwendungsfähig. Dies gilt nicht, wenn das verbundene Unternehmen seinen Hauptsitz in Mecklenburg-Vorpommern hat.

- 4.7. Ist der Zuwendungsempfänger nicht als kleines oder mittleres Unternehmen im Sinne von Anhang I zur VO (EU) Nr. 651/2014 einzustufen, sind Ausgaben für Leistungen, die von einer Zweigniederlassung oder Betriebsstätte des Zuwendungsempfängers außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern erbracht wurden, nicht zuwendungsfähig.
- 4.8. Das geförderte Vorhaben kann durch die Bewilligungsbehörde, die Europäische Kommission, die Finanzkontrolle der Europäischen Kommission, den Europäischen Rechnungshof, den Landesrechnungshof des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Gemeinsame Verwaltungsbehörde, die Fondsverwaltung für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), die Bescheinigungsbehörde für den EFRE, die Prüfbehörde des EFRE und ihre beauftragten Dritten geprüft werden.

5. Erklärungen

- 5.1. Ich/Wir erklären, dass ich/wir die Richtlinie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation vom 10. April 2015 zur Kenntnis genommen habe(n).
- 5.2. Ich/Wir versichere/n hiermit ausdrücklich, dass die Antragstellung vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben erfolgt, mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist und vor Erhalt einer schriftlichen Bestätigung über die Zulässigkeit des Vorhabensbeginns durch die bewilligende Stelle nicht begonnen wird.
- 5.3. Ich/Wir erklären, dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant worden ist, dass mit der Zuwendung beschaffte Gegenstände inventarisiert und die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten werden.
- 5.4. Ich/Wir erklären, dass der Arbeitsort aller Mitarbeiter, für die Personalausgaben im Vorhaben geltend gemacht werden, in Mecklenburg-Vorpommern liegt.
- 5.5. Mir/Uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S.2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder Belassung einer Subvention oder Subventionsvorteiles unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.
- 5.6. Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung bzw. Veränderung von den Angaben in diesem Antrag unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.
- 5.7. Auch das Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 12.7.1995 (GVOBl. M-V S.330) ist mir/uns bekannt. Danach gelten für Leistungen nach dem Landesrecht, die Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind, die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen vom 29. Juli 1976 (BGBl. I.S.2037) in seiner jeweils geltenden Fassung.
- 5.8. Der Antragsteller erklärt, dass er nicht infolge einer Produktionsverlagerung innerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder in einen anderen Mitgliedstaat Gegenstand eines Wiedereinziehungsverfahrens ist/war und ggf. bestandskräftigen Rückforderungsanordnungen nachgekommen ist.
- 5.9. Mir/Uns ist bekannt, dass sich an der beantragten Zuwendung der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligt und dass daher die VO (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20/12/2013) in Verbindung mit der VO (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20/12/2013) Anwendung findet. Nach den EU-Strukturfonds-Vorschriften veröffentlicht die Verwaltungsbehörde im Rahmen der Informations- und Publizitätsmaßnahmen ein Verzeichnis, das Auskunft über die Begünstigten, die geförderten Vorhaben und die Höhe der jeweils bereitgestellten öffentlichen

Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation

Mittel gibt. Ich bin/Wir sind mit der Aufnahme der vorgenannten Angaben in das Verzeichnis einverstanden.

- 5.10. Mit den mir/uns bekannten Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P), Anlage 2 der VV zu § 44 Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern, auch auf der Homepage der TBI Technologie-Beratungs-Institut GmbH unter www.tbi-mv.de/download einsehbar, erkläre ich mich/erklären wir uns einverstanden.
- 5.11. Ich/Wir erkläre/n, dass keine Doppelförderung mit anderen gemeinschaftlichen oder nationalen Regelungen oder mit anderen Programmplanungszeiträumen erfolgt, dass das Kumulationsverbot der Fonds beachtet wird und die Vorschriften zum Umgang mit Einnahmen schaffenden Projekten beachtet werden.
- 5.12. Ich/Wir erkläre/n, dass die Vorschriften in Bezug auf staatliche Beihilfen, Umweltschutz, Chancengleichheit, Diskriminierung, Publizität sowie und soweit zutreffend das Vergaberecht bzw. die Vorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen eingehalten werden.
- 5.13. **Ich/Wir erkläre/n, dass für alle maßnahmebezogenen Finanzvorgänge dieses Projektes unbeschadet bestehender Buchführungspflichten gesondert Buch geführt wird oder ein geeigneter Buchführungsschlüssel verwendet wird, der die Finanzvorgänge des Projektes separat erkennen lässt (z.B. Kostenstelle, Haushaltsstelle).**
- 5.14. Ich/Wir erkläre/n, dass die Finanzierung des unter Pkt. 2 dieser Antragsunterlagen aufgeführten Eigenanteils gesichert ist.
- 5.15. Ich/Wir erkläre/n, soweit die KMU-Angaben geschätzt oder sonst zweifelhaft sind, ist dies gesondert gekennzeichnet. Ich/wir versichere/n, sämtliche Angaben vollständig und wahrheitsgetreu gemacht zu haben. Mir/uns ist bekannt, dass es sich bei Angaben über Beteiligungsverhältnisse um subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB handelt, von denen die Gewährung der Förderung in Bezug auf die Förderhöhe gesetzlich abhängt. Die Strafbarkeit unrichtiger oder unvollständiger Angaben über subventions-erhebliche Tatsachen ist mir/uns bekannt.
- 5.16. Ich erkläre/Wir erkläre/n, die Zahlung nicht eingestellt zu haben und dass über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist bzw. keine Vermögensauskunft nach § 802 c Zivilprozessordnung (ZPO) oder § 284 Abgabenordnung (AO) abgegeben wurde bzw. keine Verpflichtung zu deren Abgabe besteht.

6. Erklärung über Kenntnisnahme der Datenschutzhinweise sowie zur Veröffentlichung und Prüfung von Vorhabensdaten

Ich/wir habe/n die Datenschutzhinweise gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung der TBI Technologie-Beratungs-Institut GmbH (abrufbar unter http://www.tbi-mv.de/fileadmin/user_upload/Datenschutzhinweise_Interessenten_Antragsteller_Kunden.pdf oder schriftlich anforderbar bei TBI Technologie-Beratungs-Institut GmbH, Hagenower Str. 73, 19061 Schwerin) sowie den darin enthaltenen Hinweis auf das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO zur Kenntnis genommen.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auf Datenträgern gespeichert und für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden. Zur Erhöhung der Transparenz der Fördermaßnahmen kann bzw. muss der Bund im Einvernehmen mit dem Land bzw. das Land folgende Angaben veröffentlichen (Artikel 9 VO (EU) Nr. 651/2014):
 - Kurzbeschreibung der Maßnahme
 - Beihilfeintensität mit etwaigem KMU-Aufschlag
- und bei jeder Einzelzuwendung von mehr als 500.000 Euro:
- Name des Zuwendungsempfängers
 - Betriebsnummer des Zuwendungsempfängers
 - Art des Unternehmens (KMU/großes Unternehmen) zum Zeitpunkt der Gewährung
 - Region, in der der Zuwendungsempfänger seinen Standort hat, auf NUTS-II-Ebene
 - Wirtschaftszweig auf Ebene der NACE-Gruppe
 - Höhe der Förderung
 - Förderinstrument (rückzahlbarer / nicht rückzahlbarer Zuschuss, Kredit etc.)
 - Tag der Gewährung
 - Ziel der Zuwendung
 - Bewilligungsbehörde
- sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die VO (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320) in Verbindung mit hierzu weiterführenden Bestimmungen (z. B. Delegierte Verordnung, Durchführungs-Verordnung) Anwendung finden.
 - unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen können, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren, wobei sie auch einzelne Vorhaben prüfen können (Artikel 127 VO (EU) Nr. 1303/2013).
 - die Verwaltungsbehörde gemäß Artikel 115 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1303/2013 zur Gewährleistung der Transparenz eine Liste der Vorhaben veröffentlicht, die Auskunft über die Begünstigten, die bewilligten Vorhaben und die Förderung gibt. Darüber hinaus werden Daten gespeichert und ggf. der Europäischen Kommission übermittelt (z. B. Übermittlung von Finanzdaten gemäß Artikel 112 VO (EU) Nr. 1303/2013, elektronische Aufbewahrung und Speicherung von Buchführungsdaten jedes Vorhabens gemäß Artikel 126 VO (EU) Nr. 1303/2013).

Eine Auflistung der genannten und möglicher weiterer Empfänger vorhabenbezogener Daten ist in den o. g. Datenschutzhinweisen unter Pkt. 4 aufgeführt.

7. Anlagen

Folgende Unterlagen sind diesem Antrag beigelegt (bitte auswählen):

- Anlage 1 – Vollmacht (Formblatt)
- Anlage 2 – Projektbeschreibung nach vorgegebener Gliederung
- Anlage 3 – Ausgabenplan (Formblatt)
- Anlage 4 – Arbeits-, Zeit- und Ausgabenplan (Formblatt) (nur Programmteile 1, 2, 4 und 5)
- Anlage 5 – KMU-Erklärung (Formblatt)
- Anlage 6 – Bestätigung – kein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ (Formblatt) (nur Programmteile 1 bis 5)
- Anlage 7 – De-minimis Erklärung (Formblatt nur für Programmteil 6 „Innovationen in Folge von Prozessinnovationen“)
- Kopie des Handelsregisterauszuges (bei KG auch von der Komplementärin, sofern diese keine natürliche Person ist) / der Handwerksrolle
- Kopie der Gewerbeanmeldung
- Kopie des aktuellen Gesellschaftsvertrages sowie Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag (sofern vorhanden)
- _____
- _____
- _____

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Sofern eine Betriebsaufspaltung oder eine Organschaft vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift